

SÜDWEST PRESSE

DIE GROSSE TAGESZEITUNG FÜR ULM, DEN ALB-DONAU-KREIS UND DEN KREIS NEU-ULM

www.swp.de

P L

WIRTSCHAFT

11

„Sonst laufen wir den Asiaten hinterher“

BWIK- Präsident Peter Kulitz: Amerikaner und Europäer müssen das Freihandelsabkommen TTIP hinbekommen.

Die Amerikaner sehen den Wohlstand in den USA und Europa vor allem durch Produktionsjobs gesichert. Das Freihandelsabkommen TTIP könnte dabei helfen, sagt BWIK-Präsident Peter Kulitz.

KAREN EMLER

Herr Kulitz, Sie waren bei einem Gedankenaustausch zum Freihandelsabkommen TTIP in den USA. Wie war die Stimmung?
PETER KULITZ: Wohltuend aufgeregt, aber sehr interessiert.

Was war das für eine Veranstaltung?

KULITZ: Eine Regionalkonferenz für Nord- und Süd-Carolina, in der es um den Beitrag von TTIP zu Beschäftigung und Wirtschaftswachstum ging. Es waren Unternehmer und Repräsentanten der Großen da, unter anderem von einem der größten US-Stahlkonzerne, sowie Vertreter der Denkwerkstätten aus Washington. Solche Regionalkonferenzen gibt es in den USA sechs Mal. In Charlotte hat Ludwig Willich, der Präsident von BMW Nordamerika, die Grundsatzrede gehalten.

Was war Ihre Rolle?

KULITZ: Ich war zum einen als Unternehmer und als einziger Mittelstandsvertreter dabei und natürlich auch als Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags. In einer Gruppe mit dem schwedischen Botschafter und dem Chef der EU-Handelsabteilung für die USA habe ich die europäische Perspektive vermittelt.

Widerstand in Europa

TTIP Das Kürzel steht für „Transatlantic Trade and Investment Partnership“, wie das geplante transatlantische Freihandelsabkommen zwischen USA und EU heißt. In Europa wächst der Widerstand gegen dieses Abkommen. Vor allem die Frage des Investorenschutzes und den damit verbundenen Schiedsgerichten treibt viele Bürger um. Sie haben die Sorge, dass sich durch TTIP der Verbraucherschutz und die Gestaltungskraft der Regierungen verschlechtert. Unterschriftenaktionen gegen TTIP laufen bereits in mehreren Ländern. **ker**



Peter Kulitz, der Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags (BWIHK), hat an einer TTIP-Regionalkonferenz in den USA teilgenommen.

Foto: Matthias Kessler

Die Europäer agieren immer zögerlicher. Haben die USA trotzdem noch Interesse an TTIP?

KULITZ: Die Unternehmer ja, die Bürger eher weniger. Laut Umfragen wissen nur rund 10 Prozent der Amerikaner, dass es die TTIP-Verhandlungen überhaupt gibt. Sie interessieren sich einfach nicht so sehr für uns in Europa. Dennoch achten die amerikanischen Unternehmer und Politikvertreter sehr darauf, wie man über TTIP spricht.

Was heißt das?

KULITZ: Das nordamerikanische Freihandelsabkommen Nafta hat gerade in der Gegend, wo wir waren, etliche Arbeitsplätze gekostet. Deshalb nennen die Amerikaner TTIP lieber ein Investitionsabkommen.

Passt zur Sicht deutscher Kritiker. Deren Themen sind vor allem der Investorenschutz und die damit zusammenhängenden Schiedsgerichte.

KULITZ: Es gibt mehr als 2000 Freihandelsabkommen, in denen Schiedsgerichte vorgesehen sind. Dem gegenüber stehen 35 Klagen und davon sind über 60 Prozent von Europäern und nur 6 Prozent von Amerikanern angestrengt worden. Schiedsgerichtsverfahren sind nichts Negatives und werden seit Jahrzehnten auch im deutschen Rechtssystem genutzt. Sie hebeln nationales Recht nicht aus, aber sie gehen schneller. Das ist im Interesse der Firmen. Und der Verbraucherschutz bleibt

voll erhalten.

Trotz der Ablehnung des Begriffs stehen die USA aber grundsätzlich hinter der Idee des Freihandels?

KULITZ: Hinter der Idee ja, aber eben nicht hinter dem Begriff. Der erwähnte Vertreter des Stahlkonzerns Nucor Corporation, Dan DiMico, hat erklärt, man könne angesichts der Kartelle, die die Welt bestimmen, ohnehin nicht von wirklichem Freihandel reden.

Wie meint er das?

KULITZ: Er machte das an den sinkenden Energiepreisen fest. Dahinter stecke die Absicht der arabischen Förderländer, den Preis so zu senken, dass sich das Fracking nicht mehr lohnt. DiMico glaubt, dass die Amerikaner innovativ genug sind, um im Spiel zu bleiben. Er wollte aber ausdrücken, dass Freihandel von mehr abhängt als von bilateralen Abkommen wie TTIP.

Gibt es ein Thema, das den Amerikanern auf den Nägeln brennt?

KULITZ: Zumindest waren sich die Amerikaner mit uns Europäern in einem einig. Nicht der Abbau von Zöllen steht bei TTIP im Vordergrund, sondern die Frage der Standards. Diese sollen keinesfalls gesenkt, sondern vereinheitlicht werden.

Weil die Unternehmen dadurch Kosten bei Entwicklung, Produktion und Verwaltung sparen könnten?

KULITZ: Die Amerikaner sagen, wir müssten begreifen, dass der Wohlstand

der Zukunft durch Produktionsarbeitsplätze geschaffen wird und nicht durch reinen Handel, wie er im Moment die Beziehungen mit China prägt. Wenn wir TTIP nicht hinbekommen, dann werden die Standards von den Asiaten gesetzt und nicht von uns. Dann laufen wir den Asiaten und deren riesigem Marktpotenzial hinterher. Das wiederum würde die Produktion in unseren Ländern erschweren.

Sind alle Kammern innerhalb Baden-Württembergs für TTIP?

KULITZ: Manche sind noch im Abstimmungsprozess. Die Aufregung, die es in Teilen der Bürgerschaft gibt, hat sich leider auch auf etliche Mittelständler übertragen. Die Diskussion ist nicht von Sachkenntnis geprägt, sondern davon, dass man etwas aufschnappt und sich das als Kritikpunkt zu eigen macht. Die großen IHK im Südwesten, allen voran Stuttgart und Mannheim, die federführend für das Thema Außenhandel sind, folgen aber der Linie des Deutschen Industrie- und Handelskammertags und befürworten TTIP.

Die Verhandlungen gelten als intransparent. Verhindert das nicht das Verständnis für die Themen?

KULITZ: Vieles von dem, worum es bei TTIP geht, gibt es im Internet einfach abzurufen. Ein Amerikaner hat zur Forderung nach noch mehr Transparenz klipp und klar gesagt, was jetzt noch nicht im Netz steht, wollen die USA noch nicht auf den Tisch packen. Das sei bei den Europäern genauso, jeder brauche Verhandlungsmasse. So lief es übrigens auch bei allen anderen Freihandelsabkommen, die die EU abgeschlossen hat.

Sehen Sie Versäumnisse auf Seiten der Politik in Deutschland?

KULITZ: Unterschätzt eine Regierung die Heftigkeit der öffentlichen Kritik, dann reagiert sie nur noch und agiert nicht mehr. Deutschland hat zahlreiche Handelsabkommen abgeschlossen, da krähte kein Hahn danach. Aber wenn es um die USA geht, ist der Aufschrei groß. Das ist ein Reflex. Gerade von Unternehmern erwarte ich aber, dass sie sich erst informieren und dann urteilen.

Blieben Sie in Kontakt mit den USA?

KULITZ: Ja, wir hatten mit den Organisatoren spontan die Idee, eine solche Veranstaltung wie die in Charlotte nach Baden-Württemberg zu holen. Dazu würden wir unsere Nachbarn aus Frankreich einladen.